

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben  
Redaktion: SW. 66, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 292-293  
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr  
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 66, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

# Tag der Abrechnung: 7. Dezember.

## Das große Aufräumen im Reich und in Preußen.

Das Reichskabinett hat heute in der Mittagsstunde beschlossen, den Termin der Reichstagswahlen auf Sonntag, den 7. Dezember, festzusetzen.

Die preussische Regierung überläßt es dem Landtag, den Termin für die Auflösung des preussischen Parlaments selbst zu bestimmen. Immerhin legt sie Wert darauf, daß vor der Landtagsauflösung die Landgemeindeordnung und der Etat erledigt wird.

Die Beratungen im Landtag sind noch nicht abgeschlossen. Der Kabinettsrat hat heute vormittag um 10 Uhr zu einer Sitzung zusammen, in der Einmütigkeit darüber herrschte, daß sich der Landtag erst am Tage vor den Reichswahlen endgültig auflösen solle. Gegen vorherige Erledigung der Landgemeindeordnung erhob die Deutschnationalen, gegen eine beschleunigte Beabsichtigung des Etats die Kommunisten Einspruch. Ueber diese Fragen konnte eine Einmütigkeit also nicht erzielt werden. Der Kabinettsrat ist um 1 Uhr nochmals zusammengesessen, um sich endgültig schlüssig zu werden. Man wird unter Umständen auf ein Regesetz zurückgreifen. Die Provinzial- und Reichstagswahlen werden mit den anderen Wahlen nicht zusammenfallen, man wird sie höchstwahrscheinlich zu gleicher Zeit mit den Gemeindevahlen stattfinden lassen.

Die Sitzung des Landtagsplenums wurde von 12 Uhr auf 3 Uhr verlegt.

Zu klären ist noch die Frage der Stimmgittel. Während im Reich bekanntlich nur der amtliche Stimmgittel Gültigkeit hat, ist diese Frage in Preußen noch nicht einheitlich geregelt, so daß es den Parteien überlassen bleibt, ihre Stimmgittel auszugeben. Zweifellos wäre eine einheitliche Regelung wünschenswert. Wie wir hören, wird die Frage in diesem Sinne gelöst werden. Bei den Doppelwahlen für den Reichstag und den Landtag werden also nur noch amtliche Stimmgittel zur Verwendung kommen.

Die Wahlkämpfe beginnen. Es geht um große und einfache Gegenstände! Groß, einfach und klar muß die Entscheidung sein, die das deutsche Volk bei der bevorstehenden Wahl zu fällen hat. Mit stolzer Zuversicht geht die deutsche Sozialdemokratie in den Wahlkampf. Mit Genugtuung sieht sie auf das, was in der vergangenen Zeit ihr Werk war. Die deutsche Außenpolitik hat seit dem Ende des Krieges trotz aller kleinen Schwankungen, die im Zusammenhang standen mit der Aenderung der Parteienkonstellation, eine große und klare Linie innegehalten. Daß allmählich der Ring der moralischen Isolierung, der seit dem Kriege um Deutschland gezogen war, zersprengt worden ist, ist ihr Werk. Daß wir dem Frieden entgegengehen und nicht in eine hoffnungslose graue Zukunft sehen müssen, ist ihr Verdienst. Die klare Linie der deutschen Außenpolitik, um deren Erhaltung nun gekämpft wird, ist ihre Linie. Auf diese Linie sind nicht nur die Parteien der Weimarer Koalition, sondern darüber hinaus auch die Deutsche Volkspartei gezogen worden. So groß war die moralische Gewalt und die innere Folgerichtigkeit dieser Politik, daß sich bis weit hinein in die Kreise der bürgerlichen Rechten ihr niemand entziehen konnte. Daß die Bahn frei ist für Deutschlands Wiederaufstieg, wenn auch in schwerer Arbeit, das ist unser Werk. Die Demokratie, die innere Freiheit Deutschlands hat die Sozialdemokratie formal verwirklicht in der republikanischen Verfassung. Die innere Freiheit und die Demokratie nunmehr fest zu verankern im Willen des Volkes, das ist der Kampf, den sie führt.

Fest geschlossen, voll Zuversicht, von keiner Krise bedroht, mit klaren Zielen nehmen wir den Wahlkampf auf. Unser Sieg ist die Sicherheit einer besseren Zukunft Deutschlands, ist der Sieg der Gerechtigkeit, bedeutet freie Bahn, um den Massen Kultur und Wohlfahrt zu geben, die die Grundlagen des Ansehens und der Größe eines Volkes sind.

Bewirrung herrscht auf der anderen Seite! Wer ist die andere Seite? Wer ist der Feind, gegen den die Wahlkämpfe geschlagen werden muß? Auf der anderen Seite stehen klare und große Interessen und ein politischer Wille. Die Interessen des Großbürgertums sind es, die zum Zusammenschluß der reaktionären Front auf der anderen Seite führen. Das deutsche Großbürgertum, jenes kleine Geschlecht von Politikern, das nicht eine selbstbewußte politisch führende Klasse darstellt, sondern sich der Führung der Männer des alten Regimes anvertraut. Die Monarchisten, die Männer des alten Systems, die den Zustand Deutschlands vor dem Kriege wiederherstellen wollen, die Tirpitz und Westarp und Hergt, das sind die Bundesgenossen und die politischen Führer des deutschen Besitzes, der Großindustriellen und der Großagrarien. Das ist die Front auf der anderen Seite, gegen die der Wahlkampf geführt werden muß.

Im Lager der Sozialdemokratie ist die Republik, ist die Demokratie, ist die soziale Gerechtigkeit. Unter dem schwarz-

rotgoldenen Symbol des neuen Deutschland kämpfen sie für die wahre demokratische Freiheit, die zugleich soziale Gerechtigkeit in sich schließt. Unter der Fahne des alten Regimes stehen gegen sie die Vertreter des Autoritätsstaates, die Monarchisten, die sozialreaktionären Kreise, die von brutalem Besitzegoismus getrieben die innere Freiheit Deutschlands vernichten, die Massen des Volkes wirtschaftlich knechten und politisch unterdrücken wollen.

Eindeutig sind die Interessen auf der anderen Seite, klar das Ziel, das sie verfolgen. Aber die Front der anderen Seite ist noch in voller Bewirrung. Jetzt vollzieht sich der Aufmarsch zum Wahlkampf, und schon heute stellt sich heraus, daß die Front des Gegners erst noch in der Bildung begriffen ist, daß die Auflösung ihn schwer getroffen hat, weil sie ihn zwingt, Farbe zu bekennen und den Kampf anzunehmen über eine Fragestellung, die er hinter dem Gewölbe des Schachers und des Feilschens um die Regierungsneubildung zu verbergen sucht.

### Die Deutschnationalen der Hauptfeind.

Die Deutschnationalen sind der Hauptfeind! Wie eine Bombe hat die Auflösung des Reichstags bei ihnen eingeschlagen. Das unwürdige und schmachvolle Spiel, das sie seit dem 4. Mai getrieben haben, ist zerrissen. Die Fünzigprozentigen, die Halb-und-Halben, die Verkäufer von Besinnung und Ueberzeugung sehen nun dem Urteil der Wähler entgegen, die sie bei der letzten Wahl mit ihren nationalistischen Kraftphrasen schmählich betrogen haben. Eine ungeheure Erbitterung gegen alles kommt in ihrer Presse zum Ausdruck. Sie beschuldigen das Zentrum, den Reichskanzler, die Demokraten, die Sozialdemokraten, daß sie Deutschland in eine Krise gestürzt hätten. Bleiche Furcht vor dem Sieg der Sozialdemokratie spricht aus ihrer gesamten Presse. So eröffnet die „Deutsche Zeitung“ den Wahlkampf:

„Das Kongeßcht ist beendet. Es hat einen vollen glänzenden Sieg der vereinigten Marxisten gebracht und eine ebenso völlige unruhige Niederlage der sog. Staatsbürgerpartei. Die Sozialdemokratie hat ihren Willen glatt durchgeführt, Reichstagsauflösung und Neuwahlen erreicht.“

Mit schwachen Ablehnungsversuchen wollen die deutschnationalen Zeitungen verbergen, daß sie bei dem erbärmlichen Schacher der letzten Wochen aktiv beteiligt waren. Die „Deutsche Tageszeitung“ spricht von einer kühlen Reserve der Deutschnationalen, die „Kreuzzeitung“ wagt es, über den Parlamentarismus zu spotten, der nichts weiter sei als das Spiel von Parteien- und Interessengruppen, als parlamentarische Schieberei, als scham- und rücksichtslose Enttüllung von Machtgelüsten. Waren es nicht die Deutschnationalen, die am 29. August aus Machtgelüsten scham- und rücksichtslos ihr Banner zerbrachen? Haben sie nicht mit einem parlamentarischen Handel, wie in der Geschichte des Parlamentarismus unerhört ist, ihre Besinnung gegen Ministerliste verkaufen wollen? Haben sie nicht gegiert nach Ministerposten, wünschend und kriechend, so daß selbst bei ihren eigenen Parteifreunden die Entrüstung darüber hell emporstiege? Gebrandmarkt mit dem Zeichen des Gesinnungsverrats gehen sie in den Wahlkampf! Wer wird ihre verlogenen und schwächlichen Wahlparolen glauben, die sie nun hervorstampeln. Trotz des Handels vom 29. August ziehen sie die unwahrscheinlichen Deklamationen über das zweite Versailles des Dames-Vertrages wieder hervor. Da heißt es in der „Kreuzzeitung“:

„Wir sind inzwischen in London zu einem Abkommen gelangt, das uns bei näherem Zusehen nicht die laut verkündete Befriedigung gebracht hat, sondern ein Verklawungsinstrument für das deutsche Volk darstellt, das in diesen Beziehungen den Vertrag von Versailles noch hinter sich läßt. Denn wir haben zu unserer politischen Selbständigkeit noch die wirtschaftliche eingebüßt, nur damit wir 800 Millionen Kredite bekamen und Herr Herriot etwas Vorpostengelände räumte, Ruhr und Rhein aber dafür wieder in der Hand behielt.“

Das zweite Versailles, das die Deutschnationalen durch 50prozentige Zustimmung 100prozentig verwirklicht haben, das so sehr eine nationale Notwendigkeit war, daß selbst die gewissenlosen deutschnationalen Heher und Verderber des deutschen Volkes nicht wagten, es zum Scheitern zu bringen! Oder soll die Dummheit glauben, daß die Deutschnationalen so viel Wert auf Ministerliste legten, daß sie mit der Verklawung Deutschlands dafür bezahlen wollten? Die „Deutsche Zeitung“ aber greift zurück auf die lächerliche Parole „für ein freies Deutschland wider den jüdischen Marxismus“. Ein Hohngelächter wird den Deutschnationalen entgegenschlagen, wenn sie es wagen werden, mit dieser verlogenen Phrase vor die Wähler zu treten.

Gemeinsam aber ist der ganzen deutschnationalen Presse der Schrei nach der einheitlichen Front der Rechts-

parteien. Sie wissen, wie groß die innere Bewirrung ist, in der sie sich befinden! Die „Deutsche Zeitung“ mahnt:

„Wenn die vaterländisch gesinnten Kreise unseres Volkes sich noch einen Rest von Vernunft bewahrt haben, so werden sie vor und während der Wahl jeden häuslichen Streit ruhen lassen. Sie müssen wissen, was ihnen droht, wenn Wirt und Genossen tatsächlich an die Herrschaft gelangen sollten. Mit dem Unheil verglichen, erscheint aller Zwist und Haßer nebensächlich. Ihr Austrag muß vertagt werden, bis die brennende Gefahr beseitigt ist. Die für die Deutschnationalen Volkspartei besonders ernste Frage der Führerschaft ist ja bereits durch das bindende Rücktrittsversprechen Erzengel Hergts erledigt. Die übrigen Unstimmigkeiten bei ihr und bei den anderen Parteien vertragen aber unbedingt noch einen Aufschub.“

### Der Wahlblock der Kapitalisten.

Auf diesen Schrei nach der Einheitsfront von den Deutschnationalen antwortet das Echo der mit großindustriellem Geld bezahlten Presse, die das Sprachrohr der Kreise ist, die in Wahrheit den Kurs der Deutschen Volkspartei bestimmen. Einheitsfront zwischen Deutschnationalen und Deutscher Volkspartei ist ihre Forderung. Es heißt im „Lokal-Anzeiger“:

„Die Besinnungs- und die Kampfgenossenschaft dieser beiden großen nationalen Parteien verbürgt allein schon den Sieg, der erstrungen werden muß, wenn Deutschland nicht zum willenlosen Objekt fremder Machtinteressen herabsinken soll.“

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“: „Die Zeit ist da, wo Deutsche Volkspartei und Deutschnationalen mindestens ein Wahlbündnis treffen müssen. Es verlohnt sich gegen die nationalen Interessen, daß diese beiden Parteien sich im kommenden Wahlkampf bis aufs Messer bekämpfen. Sie müssen versuchen, einen Block zu bilden, der die enttäuschten Wähler von links und rechts aufnehmen kann, und der es ermöglicht, nach den Wahlen endlich die stabile Regierung der Volksparteien zu bilden.“

Und der Hugenbergsche „Tag“ versichert:

„Die Deutsche Volkspartei hat nach mancherlei Irrfahrten, die vielleicht zum Teil im Interesse der Konsolidierung des Staates unvermeidlich waren, endlich wieder den Anschluß nach rechts gefunden. Sie wird die Früchte ihrer entschlossenen Haltung in der letzten Woche im Wahlergebnis ernten. Die zahlreichen Uebertritte von der Demokratie zur Volkspartei sind bereits ein Symptom dafür.“

Rechtsblock in der Wahl zwischen Deutschnationalen und Deutsche Volkspartei zur Durchsetzung der Regierung des Kapitalistenblocks im neuen Reichstag ist die Wahlparole, die gemeinsam von der Presse der Rechten bis in die Reihen der Deutschen Volkspartei hinein gestellt wird. Trotz des unwahrscheinlichen Ablehnungsversuches, den Herr Stresemann noch kurz vor der Auflösung unternommen hat, versichert der „Tag“:

„Deutschnationalen und Deutsche Volkspartei wußten, was sie wollten. Sie wünschten den Bürgerblock, wünschten eine klare, fest fundierte Innen- und Außenpolitik durch die Parteien, die zu realpolitischer Einstellung befähigt sind und dementsprechend sozialistische und pazifistische Utopien ablehnen.“

Der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei, Herr Dr. Scholz, bestätigt diese Ausführungen in einem Interview, das er dem „Lokal-Anzeiger“ gegeben hat.

Die Deutsche Volkspartei als die Vertreterin der Interessen des großindustriellen Unternehmertums steht bei dieser Wahl, wohin sie gehört. „Die Bürgerblockwahlen“ — so steht über dem Wahlartikel des großindustriellen „Tag“. Bürgerblock oder Sozialdemokratie: das ist der Sinn der Entscheidung, die am kommenden Wahltag getroffen werden muß. Noch bemüht sich die Zentrums Presse, die alle Mittelkoalition zusammenzuhalten, noch möchte sie die Deutsche Volkspartei als eine Mittelpartei ansprechen. Aber die Deutsche Volkspartei ist eine Rechtspartei. Sie hat niemals innerlich die Verfassung von Weimar, niemals das schwarzrotgoldene Symbol des neuen Deutschland anerkannt. Sie gehört an die Seite der deutschnationalen Monarchisten, in die Reihen der sozialen Reaktion. Dorthin wird sie sich stellen im Wahlkampf, der gegen den Block zur Herbeiführung der Kapitalistenregierung geführt werden muß.

Mit aller Schärfe wendet sich die demokratische Presse gegen die Deutsche Volkspartei und ihr Bündnis mit dem deutschen Monarchismus, mit der Reaktion, mit der sozialen Kurzsichtigkeit. Die Wahlparole der Demokraten, die von Anton Erkelenz, dem Vorsitzenden des Parteiausschusses der Deutschen Demokratischen Partei in der „Vossischen Zeitung“ unter der Ueberschrift „Für die Republik“ ausgegeben wird, heißt:

„Nun handelt es sich um die Sicherstellung der Grundung in der deutschen Außenpolitik, die seit Längerem an der Spitze steht. Nun gilt es, die Schritte zu tun, um Deutschland freizumachen. Das schwer lädende Befehle

Gebiet fordert mit Recht eine demokratische Innenpolitik, die als Grundlage einer demokratischen Außenpolitik Deutschlands wieder zur gleichberechtigten Nation in Europa macht. Schwarz-Rot-Gold heißt die Wahlparole.

So vollzieht sich der Wahlaufmarsch für die große geschichtliche Entscheidung. Diese Wahl ist eine große Klassenauseinanderlegung. Auf der einen Seite die Rechtsparteien, die Freunde des Bürgerblocks als die politischen Vertreter der Siegerklassen der Inflation, auf der anderen Seite die deutsche Sozialdemokratie, die überzeugten Anhänger der Republik und der Demokratie als die Vertreter der Unterdrückten und Geschwächten, die im Namen der sozialen Gerechtigkeit für die breiten Massen des Volkes kämpfen. Bürgerblock oder Sozialdemokratie: das ist die politische Formel, in der dieser große Klassenkampf gegen den Ausdruck kommt.

### ... mit den Zersplitterern!

In diesem großen geschichtlichen Ringen muß der Spud der Spalter- und Zersetzungsarbeiten, die auf dem Sumpfundgrunde der Inflation groß geworden sind, zerfallen. An dem großen Ernste der Entscheidung zeigt sich die Väterlichkeit ihres Treibens. Die Kommunisten möchten mit Worten den Sinn der Klassenauseinanderlegung verbergen, mit Worten den ehernen Gang der Geschichte aus der Welt schaffen. Den großen Gegensatz „Bürgerblock oder Sozialdemokratie“, der die Zwecklosigkeit ihrer Existenz und ihres Tuns aufzeigt, sucht die „Rote Fahne“ mit folgender lächerlichen Behauptung aus der Welt zu schaffen:

„Leeres Geschwätz, erbärmliche Fünfterei ist das Geze von dem Kampf zwischen Bürgerblock und Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie war, ist und bleibt ein wesentlicher Bestandteil des Bürgerblocks. Sie ist mit ihm verbunden durch gemeinsames Programm und gemeinsame Praxis.“

Das ist nicht nur dumm und nicht nur lächerlich, das heißt auch der Reaktion in die Hand spielen, jenen halben Gesellen, die den Sinn der großen Klassenauseinanderlegung verwischen möchten. Schon führt die Presse der Reaktion bewegliche Klage darüber, daß die Kommunisten zu den Geschlagenen des Wahlkampfes gehören werden, so die „Deutsche Zeitung“:

„Die Kommunisten haben durch ihr ebenso törichtes wie schändliches Treiben die Gunst der breiten proletarischen Massen gänzlich verherzt.“

Fort mit diesen Bundesgenossen der Reaktion, fort mit dem Spud der Zersplitterer und Zerscher der Arbeiterbewegung. Die große Entscheidung zwischen den Klassen ist gestellt. Sie heißt: Bürgerblock oder Sozialdemokratie.

Für die große geschlossene Arbeiterpartei, für die Partei der Republik und der Demokratie, für die Partei der Freiheit und Gerechtigkeit! Fort mit der Reaktion und ihren Bundesgenossen von ganz rechts und ganz links! Drüben schließt der Gegner der Rechten zu einem großen Rechtsblock im Zeichen der kapitalistischen Ausbeutung Deutschlands. Gegen ihn gibt es nur eine starke Macht: die deutsche Sozialdemokratie.

Auf zur Abrechnung am 7. Dezember! Für die Sozialdemokratie!

## Der Grund der Auflösung.

### Ein Rückblick des Reichskanzlers.

In einer Unterredung mit einem Vertreter des B.T.B. sprach sich der Reichskanzler über seine Bemühungen, eine Erweiterung der Reichsregierung zwecks Herstellung einer sicheren Mehrheit im Reichstag zu schaffen. Er sagte u. a.:

Nach den bekannten Vereinbarungen, die am Tage der Abstimmung über die Dames-Gesetze zwischen Vertretern von Regierungsparteien und der deutschnationalen

Reichstagsfraktion getroffen worden waren, war, besonders nach Abhaltung des deutsch-französischen Vertrages, die Frage der Regierungserweiterung dringender geworden. Wenn ich mich auch nicht auf den Standpunkt stellen konnte, daß schon jetzt für eine Regierungsumbildung zureichende Voraussetzungen vorliegen, so konnte ich doch nicht verkennen, daß eine Erweiterung der Regierungsbasis im Hinblick auf die erwähnten Vereinbarungen angestrebt werden mußte. Innen- und außenpolitische Erwägungen ließen es mir bedenklich erscheinen, die Verwirklichung der Regierungsgrundzüge ausschließlich nach rechts hin zu versuchen, und ich glaubte, die Erweiterung der Reichsregierung am besten und innen- und außenpolitisch am erträglichsten durch die Einbeziehung der Sozialdemokraten und der deutschnationalen in die Regierungskoalition bewerkstelligen zu sollen. Beide Parteien hätten außerhalb der Regierung das Zustandekommen der Dames-Gesetze ermöglicht; und beide Parteien waren nach ihren Erklärungen gewillt, innen- und außenpolitisch die aus dem Londoner Abmachungen und den Dames-Gesetzen sich ergebenden Konsequenzen zu übernehmen und durchzuführen. Trotz der weitgehenden sachlichen Übereinstimmung beider Parteien über die von mir für die Fortführung der Politik aufgestellten Richtlinien war es mir zu meinen besten Bedauern nicht möglich, den Gedanken der Volksgemeinschaft zu verwirklichen, weil von deutschnationaler Seite über meine Richtlinien hinaus Forderungen erhoben wurden, die von den Sozialdemokraten als nicht vereinbar mit der von mir für die Verwirklichung ganz bestimmter Ziele erstrebten Volksgemeinschaft erachtet wurden. Obwohl mir, wie gesagt, die einseitige Erweiterung nach rechts bedenklich und mir der Zeitpunkt der Bildung einer nach rechts verbreiterten Regierungskoalition als verfrüht erschien, glaube ich doch, bei der durch den Beschluß der Deutschen Volkspartei geschaffenen Unmöglichkeit des Fortbestandes der jetzigen Regierungskoalition und der allgemein gebotenen vaterländischen Sorge vor Auflösung des Reichstages ernehme den Versuch unternommen zu sollen, durch Einbeziehung der deutschnationalen in die Regierung eine sichere Basis für die Regierung zu schaffen.

Der Reichskanzler erklärte weiter, daß die Bildung der Reichsregierung an dem Widerstand der Demokraten scheiterte, daß aber noch andere Ursachen die Möglichkeit einer Rechtsregierung zweifelhaft erscheinen ließen. Insbesondere verfrüht sich in den letzten Tagen der Einbruch, daß die 106 Stimmen der deutschnationalen Reichstagsfraktion nur dann für die Regierung und ihr Programm sicher sein würden, wenn aus den deutschnationalen Reihen auch Männer in die Regierung hineingenommen würden, die gegen die Dames-Gesetze gestimmt haben und Vertrauensmänner des sogenannten rechten Flügels der deutschnationalen Partei sind. Unter diesen Umständen sei die Auflösung des Reichstages unermittellich gemeldet.

## Die Bombe.

### Das „Vorwärts“-Extrablatt bei den Buchdruckern.

In den Kasino-Festhallen in der Pappellallee hielten gestern abend die Buchdrucker des 3. Bezirks eine stark besuchte Mitgliederversammlung ab, in der Genosse Diebitsch über die wirtschaftliche Lage referierte. Nach ihm sprach der Kommunist Richter, der eine politische Pause hielt und erklärte, Ebert wolle um jeden Preis vier deutschnationale zu Ministern machen, er denke gar nicht daran, den Reichstag aufzulösen. In diesem Augenblick trat ein Genosse in den Saal und überbrachte dem Vorsitzenden das Extrablatt des „Vorwärts“. Der Vorsitzende bat den Kommunisten, einen Augenblick zu unterbrechen, und teilte der Versammlung mit, daß der Reichstag sieben aufgelöst worden sei.

Während der Kommunist mit offenem Mund stehen blieb, brach die ganze Versammlung in Beifallsrufe und Händeklatschen aus. Der Kommunist, dem seine Prophezeiung so gänzlich vorbeigelungen war, konnte im allgemeinen Gelächter nicht mehr weiter reden.

Nach einem ansehnlichen Schlußwort des Genossen Diebitsch wurde eine Resolution, die zur Wahl von Sozialdemokraten und zur Entfernung aller nationalistischen und kommunistischen Radaumacher aus dem Reichstag auffordert, gegen — eine Stimme angenommen.

Ähnliche Vorgänge ereigneten sich übrigens in allen Buchdrucker-Versammlungen, die von unserem Extrablatt erreicht wurden. Überall wurden Resolutionen, die zum Kampffür die Sozialdemokratie auffordern, einstimmig oder gegen wenige Stimmen angenommen.

die liebe Mama gibt ihn immer für fünfjährig aus. Das gefällt den Leuten besser. Und deshalb muß er auch mit einem Ledhären spielen, und neulich bei einem Kinderfeste hat er sogar mit den Allerkleinsten Ringelreihen tanzen müssen. Dabei hätte er sich am liebsten mit den anderen Bengeln feste herumgesprüht. Aber das würden seine Eltern nie erlauben, die ihn am liebsten in Waite wickeln möchten, damit ihm um Gotteswillen nichts passiert. Wenn man schon seine 6 Millionen Dollar wert ist... Früher war das ja anders. Wenn er da einmal hinfiel oder einen Schnupfen hatte, so kümmerte sich kein Mensch darum.

„So mal, Dadie“, fragt ihn plötzlich ein dicker, rotgesichtiger Herr mit einer profitorischen Miene. „Ist es wirklich wahr, daß Du sozial Marmelade essen kannst?“ „Aber Glei mit deinen höchstintimsten Fragen“, denkt das Wunderkind und überlegt gleichzeitig, daß es jetzt entzückend kindlich lächeln und eine schelmische Antwort geben muß, weil ihn alle Menschen beobachten und es morgen in der Zeitung stehen wird, was das berühmte Kind gesagt hat. „Ja, ich esse Marmelade schrecklich gern — haben Sie mir welche mitgebracht?“ Und alle Umherstehenden lachen begeistert und anerkennen — nein, was für ein begabtes Kind, was für ein kleiner entzückender Schelm! Die strahlende Mutter zieht ihr begeistert in die Arme, und der stolze Vater nimmt Glückwünsche entgegen — während der Impresario schnell ein neues Bombenengagement abschließt.

Mein Gott, denkt das Wunderkind, das gibt eine nette Szene für meinen nächsten Film. Hoffentlich kriegt ich das kindliche Lächeln dann wieder ebenso gut raus, — schade, daß ich dem Dicken nicht auf die Gläse spucken darf.

Männergesangsverein „Namenlos“. Vor dem vollbesetzten Saal der Philharmonie sang am Sonntagabendmorgen der Männergesangsverein „Namenlos“. Bis auf Kleinigkeiten in Intonation, Mimik und Aussprache war der Chor durchaus in Form und musizierte unter Leitung seines Meisters größeres und kleineres Kompositionen. Emil Thilo führte seine Schar gewandt, ruhig und doch mit Hingebung. Eine besonders abgerundete Arbeit zeigte sich in Uthmanns, des Arbeiterfängerbundes-Komponisten, „Am Strom“. Seine Abtönung, einen süßigen, gerundeten Chorsong vorzuziehen vor allem „Bitte“ von Wili. Heinemann und „Sommernacht“ von Wilhelm Berger. Der Uthmann war ein den Sängern durch- aus homopener Stoff, das wirkte man an der Hingabe, mit der er gesungen wurde. Daß die Chöre des Arbeiterfängerbundes, die Produkte der ihrem Geiste so weisensfernen, kleinbürgerlich-romantischen Epoche, des schärfsten Wagner-Epigonentums mit ihrem unweihen Pathos und ihrer gefühlbeladenden Rührseligkeit immer noch nicht ablassen, ist eine nicht leicht verständliche Angelegenheit. Fritze's „Frühlingsmorgen“ (trotzdem sehr schön gesungen) und der schon erwähnte Berger'sche Chor gehören hierher. Hier anklingend sang Eise Leder mit schönen Kritiken, guter, aber auch in den Liedern durchaus dramatischer Auffassung, leider nicht immer mit schönem Tonanfang und allzu reichlichen Portamenti. Lieder von Slang, und von Ernst. Dazu auch von Holz und Schubert, sowie Weber's Kriechen-Lied. Inständig schen das Publikum diese Stoffe etwas abzuschneiden, obwohl es den Gaben den üblichen Beifall, aber auch nicht mehr, spendete. Herbed's „Lied jung Werners“ beschloß

## Das Echo im Reich.

Schneidemühl, 21. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Witten in eine gutbesuchte öffentliche Volksversammlung, die gestern in Schneidemühl stattfand, brachte die Nachricht von der Reichstagsauflösung hin. Der Referent, Genosse Stelling, Berlin, benutzte die Gelegenheit, um den Wahlkampf zu eröffnen und unter stürmischer Zustimmung zur Abrechnung mit den Volkverderbern aufzufordern. Die Stimmung war begeistert. Mit frohem Kampfesmut und heller Freude darüber, daß dank der Tatkraft der Sozialdemokratie mit dem Trauerspiel Schluß gemacht werden müsse, ging die Versammlung auseinander. Kommunistische Säuberungsversuche konnten dieser begeisterten Stimmung keinen Abbruch tun.

München, 21. Oktober. (B.T.B.) Die Morgenblätter besaßen sich in ausführlichen Kommentaren mit der durch die Reichstagsauflösung geschaffenen Lage. Die demokratische „Allgemeine Zeitung“ schreibt u. a.: Die demokratische Partei habe mit ihrer Weigerung Politik auf weite Sicht getrieben. Nur eine starke nationale Mitte könne außen- und innenpolitisch die Zusammenfassung aller Kräfte darstellen, die notwendig sei, um in die Weltpolitik und Weltwirtschaft als gleichberechtigter Partner zu gehen.

Die „München-Kugsburger Abendzeitung“ schreibt: Wie sei ein Reichstag leichtfertiger noch Hause geschickt, als dieses eben gewählte Parlament. Heute prozessiere man Neuwahlen nicht, weil Zentrum und Demokraten, die beiden Hauptschuldigen, sich Erfolge davon versprechen könnten, sondern weil man gegebene Tatsachen nicht anerkennen wolle: die heute schon vorhandene Möglichkeit einer arbeits- und tragfähigen Reichsregierung der geeinten Rechten. Die Rechte könne den Wahlen in gealter Stärke und vor allem mit reinem Schilde ruhig entgegensehen.

Der „Bayerische Kurier“ erklärt: Die Schuld an dem Scheitern einer bürgerlichen Regierungsbildung sei nach außen wenigstens an den Demokraten hängen geblieben. Nachdem andere Kreise und Parteien, die eine Erweiterung der Regierungskoalition nach rechts nicht weniger ungern gesehen hätten, dieses Odium mehr oder weniger geschickt von sich abzuschleiben gewußt hätten. Das Ergebnis der Wahlen vom Mai habe unverkennbar eine Ent-wicklung nach rechts bewirkt. Die Wähler würden die Schuldigen herauszufinden wissen. An dem Stimmverhältnis der einzelnen Parteien zueinander dürften die kommenden Wahlen kaum wesentliche ändern.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ bemerken: Der neue Wahlkampf werde ein Beweis dafür sein, daß das Partei-bedürfnis des Zentrums, seine Einheit zu wahren, und das Partei-bedürfnis der Sozialdemokratie, wieder die größte Fraktion im Reichstag zu bilden, den Ausschlag gegen alle Bedenken eines neuen Wahlkampfes gegeben hätten.

## Stimmen des Auslandes.

### Genehmigung der französischen Linkspresse.

Paris, 21. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) In der gesamten linksstehenden Presse Frankreichs kommt die Genehmigung über die Auflösung des Reichstages rüchlos zum Ausdruck. So schreibt der „Quotidien“, man könne Deutschland zu dieser Lösung der Krise nur beglückwünschen, und es sei zu hoffen, daß durch den Ausfall der Wahl die Gefahren, die der Eintritt der nationalistischen Revandepolitiker in die Regierung heraufbeschworen haben würde, endgültig gebannt werden. Die Zusammenlegung des aufgelösten Reichstages sei ausschließlich das Werk des Nationalen Blocks und Poincarés gewesen. Wenn aus den Neuwahlen die Parteien der Linken siegreich hervorgehen, dann werde der nächste Reichstag ein Faktor des Friedens und der Völkerverständigung sein. „Deuvre“ schreibt, wenn irgendwas dazu angeht gemessen sei, in der Welt das Vertrauen zu Deutschland wieder herzustellen, so sei es die Realisierung der Londoner Abmachungen gewesen, und dieses Vertrauen könne durch den neuen Reichstag, der wirklich loyal die Erfüllung dieser Abmachungen anstrebe, noch bedeutend gefördert werden. Was Frankreich wünsche, sei, daß in Deutschland wie in England die Idee des sozialen Fortschrittes und des Friedens triumphiere. Das Beispiel, das Frankreich am 11. Mai gegeben

die Veranstaltung heiter und wurde stürmisch nochmals verlangt. Chor und Dirigent können mit dem Konzert wohl zufrieden sein. E. G.

Die Forderung des Kunstwissenschaftlers. Auf dem Kongress für Kunstheil und allgemeine Kunstwissenschaft, der vom 16.—18. Oktober stattfand, wurde folgende Resolution gefaßt: „Die Mitglieder des 2. Kongresses für Kunstheil und allgemeine Kunstwissenschaft, sowie die neugegründete Gesellschaft für Kunstheil und allgemeine Kunstwissenschaft fordern nachdrücklich, daß an den Universitäten, technischen Hochschulen, Kunstakademien und der systematischen Kunstforschung (Kunstheil und allgemeine Kunstwissenschaft) neben den historischen Kunstwissenschaften diejenige Stellung eingeräumt wird, die ihrer sachlichen Bedeutung und ihren tatsächlichen Leistungen entspricht.“

„Sehr eilig!“ Unter diesem Marmruf sendet uns „Der Dramaturg des Dramatischen Theaters“ folgende Mitteilung: Auf Einladung der Direktion gastiert von Mittwoch, den 22., bis einschließlich Montag, den 27. d. M., die Künstlertruppe des Bühnensbundes im Dramatischen Theater. Gegeben wird an allen Tagen das Lustspiel „Domna Diana“ von Koreto. Spiel-leitung Theodor Haarten.

Die neue christlich-nationalistische Leitung des Dramatischen Theaters scheint es mit dem künstlerischen Abbau dieser Bühne allerdings „sehr eilig“ zu haben. Warten wir ab, wie der Aufbau aussehen wird.

Ein Mikrophon für die leiblichen Töne. Dem amerikanischen Radiotechniker Philips Thomas ist soeben eine Erfindung gelungen, mit deren Hilfe das menschliche Ohr bisher noch nie vernommene Töne hören wird. Es handelt sich hierbei um ein Mikrophon, das so überempfindlich ist, daß es Tonwellen von jeder erdenklichen Minimalamplitude auffangen kann und auf diese Weise dem Menschen Töne übermitteln, die weit über den Gehörgang des menschlichen Gehörorgans liegen. Die Erfindung wird, wie die „Sendung“ mitteilt, nicht nur die vollkommenste Wiedergabe von Musik ge-lauten, sondern besonders auch für die Wissenschaft von größter Bedeutung sein, da sie es den Gelehrten ermöglicht, die verschiedenen Lauten zu hören, die von den Insekten erzeugt werden. Zu diesem Zweck nimmt das Mikrophon die Insektenlaute auf, die in Lichtschirmungen umgewandelt und sodann photographisch analysiert werden; andererseits kann man auch die Töne mit sehr hoher Schwingungszahl in Töne mit geringerer Schwingungszahl verwandeln, was jedoch zur Folge hätte, daß man die Insektenlaute sozusagen falsch vernachmen würde, und zwar ähnlich, wie man eine im Grammophon zu schnell gespielte Musik hört. Gleichwohl wird man mit dem neuen Mikrophon die vielfach verschiedenen Lauten der Insekten mit großer Deutlichkeit hören sowie auch bei Insekten, von denen noch bisher noch keine Töne hörte, vielleicht doch Verständigungslaute feststellen können. Für die Insektenbiologie dürfte das neue Mikrophon sonach bedeutungsvoll werden und manche wertvolle Beobachtung ermöglichen.

Herwart Walden hält am 22., abends 7 1/2 Uhr, in der Kunstausstellung „Der Sturm“, Böttchergasse 134a, einen Vortrag über das Thema: „Ist der Apokalypse noch tot?“

## Hergts Morgenlied.

In der Frühe des 21. Oktober.

Aufgelo—ist, aufgelo—ist!  
Himmel, ich bin ganz verdo—ist.  
Ebert hat zur Wahl gelassen,  
Großer Gott, es ist zum Rasen!  
Ach, wer hätte das geahnt!

Kaum gedacht, kaum gedacht,  
Sind wir rettungslos verdracht.  
Bestern unentwegt die Aien,  
Heute mitten durch gespalten,  
Morgen obllig ausgefacht!

Ach wie bald, ach wie bald,  
Ist der Fußballen zerknallt!  
Statt auf vier Ministerfesseln  
Sitzen tief wir in den Reffeln.  
Schöner Bürgerblock, ab!

Darum still, darum still,  
Kauf ich eine blaue Brill'.  
Erk will ich noch wacker hehen,  
Wenn die Wähler mich vorhehen,  
Dampfe ich nach Schweden ab!

Wid. von Einbecken.

## Das Wunderkind.

Von Hans Wesemann.

Vor dem Luginschloß drängt sich die neugierige Menge und bewundert das riesige schneeweisse Reiseauto, das den illustrierten Knaben und Filmkünstler nebst Familie, Impresario, Bonne und Lieblingsbulldogge bis hierher und vorläufig noch nicht weiter geföhrt hat. Oben im Salon ist großer Empfang. Das Oberhaupt der Stadt hat eine gerührte Begrüßungsansprache gehalten und den „kindlichen Genius“ in den Rauen der Reichshauptstadt willkommen geheißen. Nach Schluß der Rede hat er dem Wunderknaben segnend die Hand aufs sanft gedölte Haar gelegt und mit der anderen einen respektablen Schein für die Armen seiner Stadt aus den kindlichen Wunderhänden entgegengenommen. Natürlich ist die ganze umgebende Szene gefilmt worden, und alle Lurnarrischen haben mit ungeheurem Eifer jede Pose dieses walshistorischen Augenblicks mit Bleistift und Papier für die Nachwelt festgehalten.

Das Wunderkind sitzt mit „reizend kindlichem Lächeln, das manchmal einem überausenden ernsten Ausdruck weicht“, wie der erzählende Lokaltreporter des „Lokalmonitors“ feststellt, also, es sitzt in einem großen roten Kissen und lächelt alle die vielen großen Leute an, die so selbsthaft dumme Fragen stellen. Das Wunderkind hat einen besonders niedlich machenden Kinderanzug an, über den es sich im Stillen ärgert, weil es so babyhaft darin aussieht. Dabei ist es doch schon ein richtiger Junge von 10 Jahren, aber

habe, werde nicht vorgehen gewesen sein, wenn die Politik d. s. guten Willens, die Herrin eingeleitet habe, in ganz Europa ein Echo finden werde. Selbst der „Main“ ist der Auffassung, daß der Erfolg der Rechtsparteien bei der Wahl vom 4. Mai ausschließlich dem Umstand zu verdanken gewesen sei, daß man damals in Deutschland mit einem neuen starken Sieg des Nationalen Blocks in Frankreich gerechnet habe. Nachdem nunmehr die Radikalsocialisten in Frankreich die Regierung übernommen hätten, und der Dawes-Plan in Kraft getreten sei, sei eine Politik der Revanche in Deutschland praktisch unmöglich.

Bemerkenswert ist die Schürfe, mit der sich die französische Antispreß gegen Stresemann wendet, dem der größte Teil der Schuld an der Krisenmacherei zugewiesen wird. So schreibt das „Deuore“: Bei der Nachricht über die Auflösung des Reichstags dürfte Stresemann eine Grimasse geschrien haben, denn er hat ja erst am Sonntag in Frankfurt am Main gesagt: Die Auflösung des Reichstags ist nicht zu befürchten, weil das Vertrauen, das im Ausland für die Wiedererrichtung Deutschlands zu erwachen scheint, zerstört werden könnte. Aber Stresemann ist doch der Illustrierte der Nationalisten. Er hat seine Anstrengungen verdoppelt, um die Nationalisten in das Kabinett Marx hineinzubringen. Wenn er die Neuwahlen fürchtet, so ist es deswegen, weil er keine guten Resultate voraussetzt, also keine guten Resultate für seine national-freundliche Bewegung in Deutschland, müßte gute Resultate für ganz Deutschland. Auch der „Reich Parisien“ wendet sich gegen Stresemann. Es seien merkwürdige Einzelheiten der deutschen Krise festzustellen, nämlich die Anstrengungen, die Stresemann gemacht habe, um den Reichstanzler und die Zentrumsparthei einzufangen. Der deutsche Außenminister hatte zu verstehen gegeben, daß, wenn er die Deutschnationalen in das Kabinett aufnehme, die Radikale in nächsten Jahre die Kandidatur für die Nachfolge des Präsidenten befähigen.

### Vesriedigung in England.

London, 21. Oktober. (W.T.B.) Die Auflösung des deutschen Reichstags wird in der Presse viel besprochen. Der Berliner Bericht-erstatte „Daily Telegraph“ schreibt, jedem unparteiischen Beobachter sei eine Auflösung als der einzige mit den eigenen Interessen Deutschlands übereinstimmende Weg erschienen. Der neue Reichstag werde sicher lebensfähig sein. Aber das Maß seiner Gesundung werde zum großen Teil von Ereignissen in anderen Ländern bis zu den deutschen Neuwahlen abhängen.

Der Berliner Berichterstatter der „Daily News“ sagt, die Auflösung werde das in eine Pflanze grenzende unwürdige Schauspiel das man in den letzten vier Wochen erlebt habe und durch das das parlamentarische Regierungssystem vollkommen in Miskredit gebracht worden sei. Bei den kommenden Wahlen werde Deutschland entscheiden müssen, ob die Republik ein lebensfähiger Faktor sei oder ob die Hohenzollern sich auf die Rückkehr vorbereiten könnten.

„Times“ erklärt in einem Vorkurs, die fassende Entwicklung in Deutschland sei keineswegs ein Zeichen politischer Instabilität, im Gegenteil, sie könne eine parlamentarische Lage schaffen, die in enger Uebereinstimmung mit der neuen Lage stehe, die jetzt endgültig durch die formale Anwendung des Dawes-Plans geschaffen sei. Die letzten Wahlen seien unter Bedingungen durchgeführt worden, die immer noch anormal waren, und hätten ein Parlament mit einem anormalen und kaum arbeitssfähigen Parteienverhältnis hervorgebracht. „Times“ ist der Ansicht, daß Neuwahlen tatsächlich die beste Lösung seien. Eine Regierung, die mit vier deutsch-nationalen Parteien beladen wäre, würde sich sicher, als unfähig erweisen haben, die vielen auswärtigen Probleme, die durch den Dawes-Plan aufgeworfen würden und weiterhin vor-sichtlich angefaßt werden müßten, klug zu behandeln. Die letzten Wahlen hätten in einem Augenblick stattgefunden, wo die frische Erinnerung an die Inflationsperiode noch gegenwärtig war, wo die französische Politik ungewiß und das Ruhrgebiet fest besetzt und ferner der Sieg des Dawes-Planes noch keineswegs klar war. Zu dieser Zeit sei es für die Engländer leicht gewesen, stark an die erregten Gemüter zu appellieren. Seitdem habe sich die Lage jedoch sehr verändert. Die Energie des deutschen Volkes werde für eine neue Anstrengung freigesetzt, die sicher systematisch sein werde. Das könne eine neue und ernste Anstrengung auf Seiten anderer Völker einschließen Englands bedeuten, denn es müsse anerkannt werden, daß die deutsche Energie ein mächtiger Faktor sei. Das deutsche Volk müsse jetzt auf jeden Fall in einer weit besseren Lage sein, seine Vertreter einschüßig zu wählen, als in der Ungewißheit und der Unruhe des letzten Frühjahrs.

### Rheinhafen Karlsruhe geräumt.

Karlsruhe, 21. Oktober. (W.T.B.) Wie gestern abend angekündigt, ist heute früh 7 Uhr der Abzug der im hiesigen Rheinhafen stationierten französischen Truppen erfolgt, mit Ausnahme eines kleinen Kommandos von 15 Mann, das für die inter-alliierte Schiffsverkehrskontrolle zurückbleibt. Der Abzug erfolgte ohne Zwischenfall und ohne viel Aufsehen zu erregen über den Rhein nach der Pfalz.

Manheim, 21. Oktober. (W.T.B.) Nach fast 20monatiger Besetzung wurde heute früh 10,15 Uhr gemäß den Londoner Vereinbarungen der Mannheimer Hafen, das Schloß und die besetzten Vorstadtteile von den französischen Besatzungstruppen geräumt. Damit ist in Mannheim der Zustand, wie er vor dem Ruhrkampf bestand, wiederhergestellt worden.

### Die norwegischen Wahlen.

Christiania, 21. Oktober. (W.T.B.) Die Wahlen zum Storting wurden gestern vorgenommen. Die Wahlbeteiligung betrug etwa 70-80 Proz. Bis heute vormittag 8 Uhr waren folgende Ergebnisse bekannt: Rechte und freisinnige Linke 60 796 Stimmen, Bauernpartei 63 795 Stimmen, Linke 62 563 Stimmen, Sozialdemokraten 15 507 Stimmen, Arbeiterpartei 40 023 Stimmen, Kommunisten 12 256 Stimmen, Radikale Sozialpartei 9 149 Stimmen. Eine ganze Reihe von Ergebnissen steht noch aus.

Die „Rote Fahne“ bringt in ihrer gestrigen Ausgabe die Behauptung, der Reichspräsident habe sich in den beim Staatsgerichtshof schwebenden Prozess gegen die Mitglieder der Zentrums der Kommunistischen Partei wegen Hochverrats eingemischt, den Untersuchungsrichter Landgerichtsdirektor Vogt empfangen und mit ihm über den Prozess verhandelt. An der ganzen Erzählung ist, wie amtlich gemeldet wird, kein wahres Wort. Der Reichspräsident hat weder einen Besuch des Landgerichtsdirektors Vogt erhalten, noch hat er sonst mit ihm oder anderen Personen über den Prozess verhandelt.

1426 Kandidaten in England. Die Gesamtzahl der Kandidaten für die Neuwahlen beträgt nach den gegenwärtig vorliegenden Zusammenstellungen 1426. Davon entfallen auf die Konservativen 534, Konstitutionellen 7, Liberalen 342, Arbeiterpartei 505, Kooperations 9, Kommunisten 8, Unabhängigen 12, Republikaner 7, Sinnfänger 1, Nationalisten 1, Christliche Sozialisten 1.

### Der Turm des Schweigens.

Nun steht er auf dem Potsdamer Platz, der Turm, von dem vor Monaten schon die Rede war, der zur Regelung des Verkehrs dienen soll und den man den Turm des Schweigens nennen könnte. Denn jetzt wird nicht mehr getutet, jetzt wird der Beamte oben im Turm mit Hilfe von Lichtsignalen dafür sorgen, daß der Verkehr über den Potsdamer Platz sich möglichst ruhig und ohne Reibungen abspielt.

Heute morgen in aller Frühe ist der Turm aufgestellt worden, und es dürfen noch ein paar Tage vergehen, bevor er fertig montiert und in den gebrauchsfähigen Zustand gebracht ist. Auf fünf schlanken Säulen ruht der Turm, der etwa die Dicke einer Pfostenstange hat und auch nicht größer ist als jene Anschlagstangen, die man feinerzeit zu Klammern mit einer Haube versehen hat. In einem Bein des Turms führt eine schmale eiserne Leiter zur Höhe. Da die Schupo-leute alle Sport treiben müssen, wird es gemäß nicht notwendig sein, daß man erst Uebungen im Klettern abhält. Der Turm hat gewissermaßen zwei Eingänge. Die untere Etage mit vier großen Öffnungen ist dazu bestimmt, vier Uhren aufzunehmen, die nächste Etage enthält eine breite Plattform, auf der der Beamte stehen wird, der den Verkehr kontrollieren soll. Um ihn herum nach vier Seiten befinden sich zwölf Öffnungen (nach jeder Seite drei). Hier werden die Signale eingeleitet und mit Hilfe von elektrischen Schaltungen wird der Beamte den Wagenführern ein rotes, grünes oder weißes Licht zusenden. Sie werden auf diese Weise wissen, ob sie halten sollen oder ob sie weiterfahren dürfen und nach welcher Richtung.

Die Montagearbeiten am Turm auf dem Potsdamer Platz wurden heute vormittag von vielen Neugierigen umgert. Besonders Interesse aber erlebte er bei Chauffeuren, Droßkutschern und anderen Wagenlenkern. Bemerkenswert war es, daß die meisten Urteile dieser Sachverständigen dahin lauteten, „daß es immerhin besser sei als die alte Laterne“.

Die für den Turm vorgesehenen Signalrichtungen können erst eingebaut werden, wenn das Turmgerüst vollständig aufgestellt ist. Vorgezeichnet ist eine Tageslicht-Signalanlage, durch die mit Hilfe farbiger, auch bei Tage auf weite Entfernungen sichtbarer Lampen die Straßen für den Verkehr freigegeben oder gesperrt werden. Die Siemens u. Halske A.-G. hat ferner die Lieferung weiterer Signal- und Fernmeldeeinrichtungen in Auftrag erhalten. Dazu gehört u. a. ein Polizeimeister, der an die Polizeimeisterstationen in Berlin-Mitte angeschlossen wird und dem Posten auf dem Turm die Möglichkeit gibt, in Notfällen polizeiliche oder Anfallhilfe herbeizurufen. Eine Fernsprechanlage wird den Posten in den Stand setzen, sich mit den Straßenposten in der Nähe des Turms durch Fernsprecher zu verständigen, sowie die hauptsächlichsten Feuerwachen anzurufen und auch über das Hauptfern-sprechamt zu verkehren. Durch einen Fernmelder ist unmittelbare Verbindung mit dem Netz der Berliner Fernmeldeanlage hergestellt. Die Uhreranlagen wird die neugegründete Gesellschaft „Berliner Einheitszeit“ liefern und an ihr Uhrnetz anschließen.

### Totschlag in der Großen Frankfurter Straße.

#### Eine Frau als Opfer.

Ein von langer Hand vorbereiteter Raubüberfall wurde gestern abend von drei Verbrechern, die erst kürzlich aus dem Zuchthaus in Sonnenburg entlassen worden sind, verübt. Leider ist dem schändlichen Mord ein Menschenleben zum Opfer gefallen. Die Wirtschaftlerin Emma Badmünd wurde von einem Mordgesellen überfallen und getötet.

In dem Hause Große Frankfurter Straße 52 betreibt der Fahrradhändler Kraus ein Ladengeschäft mit einer Werkstatt, die sich im rechten Seitensüßel an den Boden anschließt. Kraus erhielt gestern einen Brief, der ihn für den Abend nach einer Wohnung in der Großen Frankfurter Straße zur Besichtigung eines Motorrads einladet, das dort zum Verkauf stehe. Er schickte deshalb etwas früher als sonst und machte sich auf den Weg. Bald darauf, zwischen sieben und acht Uhr, hörte seine Wirtschaftlerin Emma Badmünd, die zufällig noch in der dem Eingang der Werkstatt gegenüberliegenden Wohnung von Kraus war, an der Werkstatttür ein verdächtiges Geräusch. Sie wollte hinaussehen, um nachzusehen, hatte aber kaum den dunklen Treppenhof betreten, als sie von einem Manne mit einem stumpfen Werkzeug, wie sich später ergab, einer Porzellampistole, fünf wuchtige Schläge über den Kopf erhielt, so daß sie betäubungslos und blutüberströmt zusammenbrach. Der Angreifer war einer von drei Einbrechern, die Kraus durch den Brief waggelockt hatten, um ungestört seinen Laden ausplündern zu können. Als sie sich von der Wirtschaftlerin, die sie bereits in der Schmiedstraße in ihrer Wohnung gekannt hatten, erwidert sah, ließen sie von dem Einbruch ab und ergriffen die Flucht. Hausbewohner und Schupobeamte machten sich gleich an die Verfolgung und es gelang ihnen auch, wenigstens einen der Verbrecher, einen gewissen Miklat, zu ergreifen. Dieser hatte auf der Straße aufgepaßt, um seine Spießgesellen zu warnen, falls Kraus früher als erwartet zurückkehren sollte. Die beiden anderen sind entkommen. Miklat wurde der Kriminalpolizei übergeben und gestand nach längerem Weigern seine Teilnahme an dem Verbrechen ein. Die überfallene Frau wurde nach dem Krankenhaus am Friedrichshagen gebracht, starb aber schon bald nach der Operation, der sie sich unterziehen mußte. Kriminalsekretär Smetwons vom Fahrraddezernat hat die Ermittlungen nach den beiden flüchtigen Verbrechern aufgenommen und nimmt zweifelhafte Mitteilungen entgegen.

### Aussagen zum Tode des Primaners Wechsler.

Ermittlungen der Polizei über die Frage nach der Schuld an dem Tod des 18jährigen Primaners Wechsler haben zu der Feststellung geführt, daß der Chauffeur Buchholz des fraglichen Kraftwagens in jener Nacht zum mindesten etwas angeheiter war. Seine Begleiter auf der Schwarzfahrt sind inzwischen ermittelt und haben bekundet, daß Buchholz, nachdem er den jungen Wechsler überfahren hatte, zunächst in rasendem Tempo weitergefahren ist und erst später auf ihr fortwährendes Rufen hin den Wagen angehalten hat, um sich schließlich auf ihre dringende Aufforderung dazu zu bequemen, zu der Unfallstelle unweit der Ueberführung der Wannseebahn bei Zehlendorf zurückzufahren. Buchholz blieb dann ab, sah sich den blutüberströmt auf dem Fahrdamm liegenden flüchtig an und erklärte: „Ach, dem ist ja nichts passiert, der hat ja nur eine Schramme im Gesicht.“ Darauf trug er den Körper auf die Seite und legte ihn auf dem Radfahrweg nieder, worauf der Wagen weiterfuhr. Die Zeugen bekundeten weiter, daß der junge Mann ganz plötzlich im Scholnerverlicht des Wagens aufgetaucht sei. Bei der rasenden Geschwindigkeit, die der Chauffeur eingeschlagen hatte, sei es zum Ausweichen zu spät gewesen, während Wechsler selbst keine Miene gemacht habe, vom Fahrdamm herunter zu gehen. Der schuldige Chauffeur wird heute dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

### Mieterprotestwoche.

Vom 21. bis 26. Oktober er. finden im Rahmen der Mieterprotestwoche im 17. Verwaltungsbezirk folgende öffentlichen Versammlungen mit der Tagesordnung: „Schutz dem Mieter!“ statt und zwar in Kaulsdorf am Dienstag, den 21. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im Reichenloaf des Schulgebäudes in der Adolfsstraße; in Mohlsdorf am Mittwoch, den 22. Oktober, abends 8 Uhr, im Saale von E. Anders, in der Gabelhofstraße zu Mohlsdorf; in Friedrichsfelde-Ricksdorf am

Donnerstag, den 23. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, in der Mühlenstraße Wilhelmstraße zu Friedrichsfelde, und in Lichtenberg am Freitag, den 24. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula des Cecilien-Lyzeums, Mathausstraße zu Lichtenberg. Referent ist jedesmal Bundesvorsitzender Gen. Fritz Dietz. In Wiesdorf findet am Sonnabend, den 25. Oktober, abends 8 Uhr, bei Varisch, Torfstraße 64, eine Versammlung statt.

### Abbaupraktiken.

#### SPD. und Bürgerblock — einig gegen SPD.

Vor kurzem hatte im Südosten der Stadt die Arbeiterkolonne der Kapodisten alle erreichbaren Häuser mit Zeiteln besetzt, die nach Moskauer Rezept in einer auf Schwachsinne berechnete Schwindel die SPD. als Wegbereiter des Bürgerblocks kennzeichneten sollten. Der Südosten gehört zum Verwaltungsbezirk Kreuzberg, der in der letzten Zeit dadurch „berühmt“ geworden ist, daß in seiner Bezirksversammlung besonders stark hervortrat, wie sehr die Tätigkeit der Kommunisten auf eine Unterdrückung des Bürgerblocks hinausläuft. Geschlossen stimmten viele „Grundlagentreue“ zusammen mit der reaktionären Masse der Bürgerlichen beim Abbau des Bezirksamtes für die Beseitigung von Sozialdemokraten — und geschlossen verließen sie vor der Abstimmung über zwei zum Abbau vorgeschlagene Bürgerliche den Saal, damit nicht die im Haß gegen die Sozialdemokratie mit ihnen vereinten bürgerlichen Bestannungs- und Bundesgenossen abgebaut würden.

Der „Vorwärts“ hat über diese Vorgänge berichtet, aber es ist vielleicht nützlich und nötig, sie noch einmal festzusetzen. Von den vereinigten Bürgerlichen und Kommunisten wurde in einer der letzten Sitzungen dem sozialdemokratischen Bezirksbürgermeister Kahle „das Vertrauen entzogen“. Genosse Kahle ist durch das Vertrauen der Arbeitervertreter auf keinen Posten gestellt worden. Wenn Bürgerliche ihm ein Vertrauen entgegenstellen wollen, das nie bestanden hat, müssen natürlich Kommunisten ihnen die Wege ebnen. Nach kommunistischer Logik ist die jegliche „Entziehung“ des nie vorhanden gewesenen „Vertrauens“ ein Grund, den Bürgermeister abzubauen. Die Kommunisten selber fragen doch sonst den Teufel was nach dem Vertrauen der Bürgerlichen. Die bürgerlich-kommunistische Kampagne hat noch mehr Proben ihrer Zusammengehörigkeit geliefert. Jene Sitzung, in der der Kommunist Rintorf unseren Genossen Litke mit einem Fausthieb attackierte, wurde wegen andauernden Tumultes von dem Vorsitzenden Genossen Glode geschlossen. Bürgerliche und Kommunisten veranstalteten darauf eine sofortige „Sitzung“, die sie als „Fortsetzung“ der geschlossenen Sitzung ausgaben. Rintorf übernahm den Vorsitz, und die bürgerlich-kommunistischen Brüder „beschlossen“ darauf los, die kommunistische Richtschnur der Geschäftsordnungsbestimmungen, die eine solche „Fortsetzung“ ohne vorchriftsmäßige Einladung nicht zulassen, hatte den Beifall der Bürgerlichen. Bürgerliche und Kommunisten marschieren immer wieder Arm in Arm, wenn es gegen Sozialdemokraten geht. Als in der nächsten geschäftsordnungsgemäß einberufenen Sitzung der Vorsitzende Genosse Glode jenes rüpelhafte Benehmen Rintorfs gegen unseren Genossen Litke durch einen nachträglichen Ordnungsruß rügte, traten wieder die Bürgerlichen an die Seite der Kommunisten. Rintorfs Einspruch gegen den Ordnungsruß fand die Zustimmung der bürgerlichen Blockbrüder, wozu der Vorsitzende Genosse Glode treffend bemerkte, hiermit habe man das Faustrecht proklamiert. In der letzten Sitzung bestrafte die Kommunisten die Vertagung, weil sie unter diesem Vorzeichen nicht weiter verhandeln wollten, und auch hier stimmten die Blockbrüder zu.

Es ist nötig, daß die Wähler der Kommunisten über die kindliche Politik ihrer Vertreter genau unterrichtet und aufgestellt werden. Die politische Unreife vieler Wähler hat solchen Parteilins erst ermöglicht, ihre Rolle zu spielen. Wie hätten früher die Deutsch-nationalen gewagt, die Arbeiterschaft zu provozieren, wie sie es jetzt im Bezirk Kreuzberg tun. Erst die Unterstützung durch die Kommunisten hat dem Bürgerblock Mut gemacht. Aber schon dämmert vielen die Erkenntnis des Fehlers, den sie bei den letzten Gemeindevahlen machten, als sie den Kommunisten ihre Stimme gaben. Die Arbeiterschaft muß und wird dafür sorgen, daß künftig der bürgerlich-kommunistischen Kampagne das Handwerk gelegt wird.

Eine Arbeitsgemeinschaft des Genossen Eispfen über die „Geschichte der politischen Parteien“ im Rahmen der Kurse der Arbeiterbildungsvereine Groß-Berlin beginnt heute abend pünktlich 7 1/2 Uhr im Leibniz-Gymnasium am Mariannenplatz.

Kundgebung zur Bekämpfung des Alkoholismus. Die Arbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Volksbildung des Bezirks Schöneberg veranstaltet am Freitag, den 24. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im Bezirksvorstandes-Saal des Neuen Rathauses Schöneberg einen Vortrag abend. Professor G. O. Berlin-Dahlem, spricht über das Thema: „Was können und wollen wir tun gegenüber den zunehmenden Alkoholgefahren?“

### Deutschfremdliche Kundgebung in New York.

Der Zeppelin-Führer Dr. Cadenet sprach gestern in New Yorks größtem Kino „Capitol“ vor überfülltem Hause, bevor Kaiser vom Zeppelin gezeigt wurden. Vor der Rede spielte die Kinolapelle das Deutschlandlied. Alle Anwesenden, auch die Amerikaner, standen auf. Die Deutschen sangen darauf die amerikanische Nationalhymne mit, die zum ersten Male seit dem Kriege mit dem Deutschlandlied zusammengespielt wurde. Nach der Vortragsrede wurde Dr. Cadenet vom Publikum hinausgetragen auf den Broadway, auf dem eine riesige Menschenmenge begeisterte Hochrufe auf Dr. Cadenet ausbrachte.

Eisenbahnkatastrophe bei den Niagarafällen. „Chicago Tribune“ meldet von den Niagarafällen: In unmittelbarer Nähe der Niagarafälle sind zwei elektrische Fernzüge zusammengefahren, die zwischen den Niagarafällen und Buffalo verkehren. Drei Personen wurden getötet und 77 verletzt, davon mehrere tödlich.

Folgeschwere Explosion auf einem englischen Kreuzer. Bei einer Explosion des Geschützturmes des Kreuzers „Trenton“ sind vier Matrosen umgekommen und 18 wurden verletzt. Drei davon wurden über Bord geschleudert, konnten jedoch gerettet werden.

### Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an den Bezirkssekretariat, Berlin, G. W. 66, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

- 24. Vst. 201 und 213. Gemeindefeier, Christburger Str. 14 Mittwoch 7 1/2 Uhr, in der Schulaula Elternversammlung 1. Vortrag von Frau Dr. Wegscheider, Jungler R. 2. „Die spirituelle Kindererziehung“ (vom Standpunkt der Schule). 2. Vortrag des gleichen Themas von Richte vom Standpunkt des Elternhauses“.
- 27. Vst. Charlottenburg, Mittwoch 7 1/2 Uhr. Abteilungsversammlung bei Thum und Wiedemann, 4. Vortrag des Gen. Wulst über „Die politische Lage“.
- 31. Vst. Friedrichswald. Die Mitgliederversammlung findet nicht Mittwoch, sondern Donnerstag, den 23. Okt., pünktlich 8 Uhr, im Ratskeller Friedrichswald. Gesellschaftsversammlung, statt Vortrag des Gen. Edward Bernstein M. d. R. „Die Fragen der kommenden Wahlen“.
- 35. Vst. Lichterfelde, Mittwoch 7 1/2 Uhr. Funktionärsversammlung bei Rattum, Bülter 7 (früher Hiesler).
- 36. Vst. Neukölln, Mittwoch 8 Uhr. Funktionärsversammlung bei Wolf, Ralfer-Friedrichs-Str. 173. Ralfer abdecken. Die Funktionäre und Gruppenleiter müssen erscheinen.
- 121. Vst. Niederschönhausen. Die Mitgliederversammlung findet erst am Mittwoch, den 24. Oktober statt.

### Storbefehle der Groß-Berliner Partei-Organisation

28. Vst. Schöneberg. Große August Treubau, Wagle 9, ist verstorben. Beerdigung Mittwoch, den 22. Oktober, 4 Uhr, Friedhof Blante 632a.

Soeben erscheint der Jahresbericht für 1923 des allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Auf jeder Seite des umfangreichen Berichts bewährt sich sein erster Satz: „Das Jahr 1923 war ein Kriegsjahr.“

Wie juchendbar die Geldentwertung die Arbeiterschaft mitgenommen hat, das geht aus den Zahlen über die Reallohne hervor, die vom ADGB. errechnet wurden. So betragen in Berlin unter Berücksichtigung der Zwangsmieten, des Rentenbrotzes und aller anderen vergünstigenden Momente die Stundenlöhne der Metallarbeiter am 6. August 39 Pf., am 20. August 41 Pf., am 25. August 25 Pf., am 3. September 46 Pf., am 8. September 17 Pf., die der Maurer betragen in dem gleichen Zeitabschnitt 20, 30, 19, 58, 21 Pf.; die der Tischler 30, 35, 22, 41 und 15 Pf.; die der Buchdrucker 20, 36, 22, 30, 22 Pf.; die der Schneider 24, 33, 21, 38, 14 Pf.

„Es wird damit auch bestätigt, was oft und namentlich auch im gesamten Ausland behauptet wurde, daß in den letzten Jahren der tatsächliche Lohn des deutschen Arbeiters sich zwischen einem Fünftel und einem Zehntel dessen bewegte, was derselbe Arbeiter in England oder in Amerika verdient.“

Über selbst diese Hungerlöhne, die den Arbeitern stündlich durch die fortgesetzte Preissteigerung unter den Fingern zusammenfließen, bekamen während der schlimmsten Inflationsperiode nur noch ein Viertel der deutschen Arbeiterschaft. Drei Viertel waren arbeitslos oder auf Kurzarbeit gestellt.

Im Dezember 1923 betrug die Zahl der Arbeitslosen in den Fachverbänden 28,2 Proz., die der Kurzarbeit 42 Proz.

Auch die stärksten und erprobtesten Organisationen mußten unter diesen Umständen zusammenbrechen. Denn die Gewerkschaften hatten nicht nur den Kampf zu führen gegen eine unsfähige Regierung, die Deutschland in den Abgrund rufen ließ, die den Aufruf und die staatlichen Ausgaben mit der roten Presse deckte, sie mußten sich auch gegen die Unternehmertum in Lohnbewegungen, die sich schließlich fast täglich wiederholten, sie mußten gleichzeitig ankämpfen gegen die gewissenlose Zerstörungspolitik der Kommunisten.

Gewiß haben die Gewerkschaften schwere Verluste erlitten; aber betrachtet man die geradezu unmöglichen Verhältnisse, unter denen die Gewerkschaften ihren Kampf führen mußten, dann sind diese Verluste nur geringfügig. Von 7821 558 Mitgliedern, die die freien Gewerkschaften, die dem ADGB. angegeschlossen sind, Ende 1922 hatten, verblieben am 31. Dezember 1923 noch 5 749 767. Man bekommt erst ein richtiges Verhältnis zu diesen Zahlen, wenn man weiß, daß die freien Gewerkschaften vor dem Kriege im Jahresdurchschnitt 1913 insgesamt 2 573 718 Mitglieder hatten. Trotz der fürchterlichen Inflation und der beispiellosen Arbeitslosigkeit, trotz des Zusammenbruchs der deutschen Wirtschaft und der deutschen Außen- und Innenpolitik haben die freien Gewerkschaften ihre Mitgliederzahl gegenüber der Vorkriegszeit mehr als verdoppelt.

Streik in den Kupferschmelzereien Berlins.

Da die Arbeitgeber es ablehnten, mit den Arbeitnehmern in Verhandlungen über die eingereichten Lohnforderungen einzutreten, sind die Arbeiter in den reinen Kupferschmelzereien Berlins heute in den Streik getreten.

Die Lohnfrage der belgischen Hüttenarbeiter.

Der „Peuple“ berichtet über eine Versammlung, welche die Delegierten der Hütten- und Konstruktions-Berkschaften dieser Tage abgehalten haben. Die Lohnfrage stand zur Diskussion. Es wurde eine Tagesordnung angenommen, in der Protest erhoben wird gegen die Haltung der Arbeitgeber der Hüttenindustrie, die es ablehnten, mit den Arbeitern überhaupt zusammenzukommen.

Wirtschaft

Die Lage in der Textilindustrie.

Der Geschäftsgang in der Textilindustrie hat sich in den letzten Wochen wesentlich gebessert. Trotzdem ist die Arbeitslosigkeit noch außergewöhnlich groß und die Kurzarbeit noch erheblich. Die Krise hat die Textilindustrie überaus erschüttert. Nach der Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzählung in den Betrieben des Deutschen Textilarbeitersverbandes ergeben sich folgende Feststellungen:

Table with 2 columns: Month (July, August, September) and two sub-columns for 'arbeitslos' and 'Kurzarbeiter' in percentages of the membership.

Die Zahl der Arbeitslosen hat sich seit der Juli-Zählung also nicht verringert. Dagegen hat die Kurzarbeit erheblich abgenommen. Wesentlich gebessert hat sich der Geschäftsgang in den Baumwollspinnereien. Von der Tuchindustrie aus Krimmischau-Werden wird ebenfalls besserer Geschäftsgang gemeldet.

Der Beschäftigungsgrad in der Textilindustrie hängt völlig von der Preisverbilligungsaktion ab. Die Exportindustrie — die Textilindustrie ist die stärkste Exportindustrie Deutschlands — kann nur wieder auf ihre frühere Höhe gebracht werden, wenn sie in ihrer Preisbildung auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig ist.

Die von der Regierung in Angriff genommene Schutzollvorsorge für Industriewaren birgt ebenfalls eine große Gefahr für unsere Fertigwarenindustrie in sich. Die Zollvorsorge der Regierung sieht z. B. für Textilfertigfabrikate Schutzölle vor, die um 200—400 Proz. höher sind als die des Tarifs von 1902.

Der Konsumverein als Preisregulator. In Wogdeburg sollte die Bäckerei den Brotpreis auf 80 Pf. fest. Diese Brotpreis-erhöhung hat nicht lange angehalten. Da der Konsumverein für Wogdeburg und Umgebung die neue Verteuerung des Brotes nicht mitmachte, hat die Bäckerei schnell wieder beschloffen, den Brotpreis auf 70 Pf. zu senken.

Internationale Eisenbahnunion. Das geschäftsführende Komitee der Internationalen Eisenbahnunion hält augenblicklich seine Jahrestagung in Paris ab. Die meisten europäischen Länder sind in diesem Ausschuss vertreten.

Streik der Gemeindegewerkschaften in Halle. Halle, 21. Oktober. (W.B.) Nach dem Scheitern der Lohnverhandlungen sind heute vormittag die städtischen Arbeiter in den Gaswerken, dem Wasserwerk, dem Stadttheater, auf den Friedhöfen und bei den Hoch- und Tiefbaubetrieben in den Ausland getreten.

Arbeitslos für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Helmut Gattermann; Gewerkschaftsbewegung: Dr. E. G. Schulz; Sozialpolitik: Dr. G. Schulz; Sozialpolitik: Dr. G. Schulz; Sozialpolitik: Dr. G. Schulz.

Kommunistische Betriebszellenbauer.

Von unseren Genossen bei der Firma Lorenz-Tempelhof wird uns geschrieben:

Da die kommunistischen „Boisversammlungen“ sich auch in Berlin eines gar zu schlechten Rufes erfreuen, werden jetzt in allen Betrieben sogenannte Betriebsversammlungen abgehalten, um an die „Masse“ heranzukommen. Bei Lorenz-Tempelhof, fand vorige Woche so eine Betriebsversammlung statt mit dem Thema: „Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter.“

Ungültige Arbeiterratsbeschlüsse.

Zwei Arbeiterinnen, die im Bernerwerk von Siemens u. Halste beschäftigt waren, hatten gegen ihre Entlassung Einspruch beim Arbeiterrat eingelegt mit dem Erfolg, daß der Einspruch für begründet erachtet wurde.

Das Gericht erachtete den Einwand der Befragten als begründet und wies die Klägerinnen ab, weil die vom Betriebsratsgesetz bestimmten Formvorschriften nicht erfüllt seien.

Dieser Fall verdient eine nähere Beleuchtung. Im Bernerwerk befragt ein bestimmtes Mitglied des Betriebsratsauschusses regelmäßig die Einladung zu den Sitzungen des Arbeiterrats

in der Weise, daß an jeden Meister, in dessen Abteilung ein Arbeiterratsmitglied beschäftigt ist, telephoniert wird, er möge dem Betreffenden mitteilen, daß dann und dann eine Sitzung mit der und der Tagesordnung stattfindet. Das ist auch, wie das einladende Ausschreibungsmitglied als Zeuge vor Gericht versicherte, in den beiden vorliegenden Fällen geschehen und auch dem Meisterbüro des scheidenden Arbeiterratsmitgliedes ist die telephonische Einladung zugegangen.

Der Arbeiterrat im Bernerwerk hat 29 Mitglieder. 28 haben durch Vermittlung ihrer Meister die Einladungen erhalten und den Sitzungen beigewohnt. Nur das eine Mitglied ist von den Einladungen nicht erreicht worden und das war ausgerechnet der Betriebsleiter bekannt und sie konnte diesen Umstand zu ihren Gunsten gegen die klagenden Arbeiterinnen im Prozeß ausnutzen.

In Betrieben, wo mit der Möglichkeit solcher „Zusälligkeiten“ zu rechnen ist, müßten die Betriebsräte ihre Mitglieder in einer Form laden, die solche Möglichkeiten ausschließt.

Lohnabschluß in der Herrenmaßschneiderei.

Das Ergebnis der zentralen Lohnverhandlung, über die wir feinerzeit berichtet haben, ist — nachdem die Vertragsparteien zugestimmt haben — am 11. bzw. 13. Oktober in Kraft getreten. Die neuen Lohnsätze für die Herrenmaßschneiderei werden im Bureau des Deutschen Beschäftigtenverbandes, Sebastianstr. 37/38, von 8—1 Uhr und außerdem freitags von 4—6½ Uhr gegen Mitgliedsausweis zum Preise von 10 Pf. abgegeben.

Streik der Gemeindegewerkschaften in Halle.

Halle, 21. Oktober. (W.B.) Nach dem Scheitern der Lohnverhandlungen sind heute vormittag die städtischen Arbeiter in den Gaswerken, dem Wasserwerk, dem Stadttheater, auf den Friedhöfen und bei den Hoch- und Tiefbaubetrieben in den Ausland getreten. Im Laufe des Tages werden diejenigen der Elektrizitätswerke ihrem Beispiel folgen.

Wenn Sie nächstens Wäsche haben

probieren Sie das wohlriechende Waschmittel BEWA und Sie werden erstaunt sein, welche Vorteile Ihnen BEWA bringt!

Fordern Sie BEWA in den einschläglichen Geschäften in Paketen zu 40 Pf. Wo nicht zu haben, geben von 8 Paketen an zu Originalpreis ab und vergüten das Straßenbahn-Fahrgeld die Engros-Verkaufsstellen:

Westen: BEWA-Seifenwerke, Babelsberger Str. 2, Pflanzburg 3890 u. 4074. Süden: Filiale Neue Roßstr. 6, Moritzpl. 1726. Osten: Paul Kuhnert, Cadiner Str. 17, Alex. 3948. Moabit: M. Spicker, Tile-Wardenberg-Str. 3, Moab. 2611.

Advertisement for Oskar Wollburg, clothing store, offering various garments and fabrics.

Advertisement for Strickwesten (knitwear) and Steppdecken (quilted blankets) by Bruno Richter & Co.

Advertisement for Metallbetten (metal beds) and Trauringe (wedding rings) by M. Dinse, Jeweller.

Advertisement for Isdias (shirts) and Hosenträger (suspenders) by M. Dinse.

Advertisement for Bären-Stiefel (bear shoes) by Hans Bähr, Spittelmarkt 7.